



Hohe Stromkosten führen zu Wohlstandsverlust

Umverteilung

NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]
NAEB 2322 am 13.11.2023

Hohe Energiekosten durch die Energiewende zwingen viele Betriebe zur Aufgabe oder zum Abwandern in Länder mit günstigeren Kosten. Folglich sinkt der Energieverbrauch. Die Energiewende soll weiter gehen. Noch höhere Energiekosten und ein noch schnellerer Abbau der Industrie sind dann die Zukunft.

Die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen erwartet in 2023 einen deutlichen Rückgang des Energieverbrauchs. Gegenüber dem Vorjahr sinkt der Verbrauch um 8 Prozent. Seit dem Höchststand im Jahr 1990 sind es sogar 28 Prozent. Die grünen Weltklimaschützer werden diese Nachricht bejubeln. Doch bei näherer Betrachtung sieht es trübe aus.

Industrie flüchtet ins Ausland

Der größte Teil der "Energieeinsparungen" liegt bei der Industrie. Viele Betriebe haben die Fertigung eingestellt oder in das Ausland verlagert. Vorwiegend sind dies energieintensive Betriebe, denn die wirtschaftliche Leistung hat mit 0,5 % viel weniger abgenommen als der Energieverbrauch. Wesentliche Betriebe der Metall-, Glas-, Zement- und Chemieindustrie, die Grundstoffe für zahlreiche Produkte herstellen, gehen verloren. Die Versorgungskette wird an der Wurzel abgeschnitten.

Etwa ein Fünftel der Energieminderung entfällt auf die Heizung. Als Grund wird ein ungewöhnlich warmer Winter genannt, den die Weltklimaretter als Beweis für die fortschreitende Erderwärmung ansehen. Hinzu kommen noch die Drosselungen der Heizungen, um knappes Erdgas im letzten Winter zu strecken.

Ein dritter verbrauchsmindernder Effekt sind die hohen Energiepreise von direkt geliefertem preiswertem russisches Erdgas. Doch die Leitung für russisches Erdgas durch die Ukraine ist immer noch in Betrieb. Auf dem Umweg über Indien werden benötigte Mengen zu wesentlich höheren Preisen eingekauft. Immer mehr private Haushalte sind durch hohe Heizkosten finanziell überfordert. Sie müssen ihre Heizungen drosseln, um eine Abschaltung der Gaszufuhr zu vermeiden.

Auch Einwanderer verbrauchen Energie

Der Zuzug von 1,35 Millionen Einwanderern hat den Energiebedarf um etwa 2 Prozent erhöht. Diese Energie wird den übrigen Verbrauchern entzogen. Das bedeutet, der Industrieverbrauch hat noch stärker abgenommen, als zuvor beschrieben. Dabei haben die Migranten kein Problem mit den Heizkosten. Sie werden neben ihrer Miete und der Grundsicherung von den aufnehmenden Gemeinden bezahlt.

Grüne Energie treibt die Industrie ins Ausland

Bundeswirtschaftsminister Habeck hat inzwischen erkannt, dass eine florierende Industrie die Grundlage von Wohlstand ist. Und eine Industrie kann nur florieren, wenn sie sicher mit preiswerter Energie versorgt wird. Doch auf die Analyse folgt die falsche Therapie. Die Beschleunigung der Energiewende soll die gesicherte und bezahlbare Energieversorgung bringen. Dabei muss es allen denkenden Menschen klar geworden sein, dass mit jeder neuen Energiewendeanlage, seien es Windgeneratoren, Photovoltaik, Biogasverstromung oder Erdwärmennutzung, der Strompreis steigt. Sowohl die Kapitalkosten wie auch die Netzkosten für die sogenannten regenerativen Energien sind wesentlich höher als für Strom aus Kohle-, Erdgas-, Erdöl- und Kernkraftwerken.

Hinzu kommt, dass bei Dunkelflaute die Kraftwerke die gesamte Versorgung übernehmen müssen. Das heißt: Alle diese Kraftwerke sind unverzichtbar. Die Aussage von Robert Habeck, mit fortschreitender Energiewende könnten energieintensive Betriebe wieder sicher mit grünem Strom zu wettbewerbsfähigen Kosten versorgt werden, gehört in die Märchenwelt.

Wirtschaftsweise stützen Mautgebühren und CO2-Abgaben

Die Wirtschaftsweisen haben gerade ihren Jahresbericht 2023 vorgelegt. Sie erwarten eine Verringerung der Wirtschaftsleistung um 0,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch in den kommenden Jahren wird nur ein minimaler Anstieg erwartet. Grund sei vor allem ein Arbeitskräftemangel durch eine alternde Bevölkerung. Doch die Weisen könnten auch fordern, fehlende Arbeitskräfte durch preiswerte und verlässliche Energie zu ersetzen. Zusammen mit künstlicher Intelligenz können dann viele Tätigkeiten durch Maschinen ersetzt werden. So kann auch eine alternde Gesellschaft wirtschaftlich wachsen und Ruheständler angemessen versorgen.

Doch der Bundeswirtschaftsminister und die Wirtschaftsweisen glauben offensichtlich an die Weltklimarettung durch die Energiewende. Sie stehen hinter dem "Heizungsgesetz" und befürworten die steigenden Mautgebühren und CO2-Abgaben in den kommenden Jahren. Dabei hat das Heizungsgesetz den Wohnungsbau fast zum Erliegen gebracht, weil kaum jemand die geforderten Dämmungen und Heizanlagen zur Wärmewende finanzieren kann. Maut und CO2-Abgaben werden nach Berechnungen von Spediteuren viele Lebensmittel um 10 Prozent verteuern, zusätzlich zu der Kostensteigerung durch die Inflation.

Energie vervielfacht die Leistung der Menschen

Es wird höchste Zeit, die Bundesregierung mit ihrem ideologisch verrannten Wirtschaftsminister abzulösen. Die technische Welt und der Wohlstand verlangen sachlich arbeitende Minister und keine Ideologen. Grundlage des Wohlstandes ist die Nutzung der Energie. Zur Klärung: Der Mensch leistet 100 Watt. In 10 Stunden hat er 1 Kilowattstunde erarbeitet. Jeder von nutzt aber mehr als 100 Kilowattstunden täglich. Er verfügt damit über mehr als 100 "Arbeitsklaven".

Heimische Kohle-, Erdgas- und Erdöllagerstätten müssen genutzt werden

Zur Erhaltung und Sicherung des Wohlstandes wird jederzeit verfügbare und bezahlbare Energie gebraucht. Dies ist mit grünen Energien unmöglich. Sie sind zu teuer. Ihre Verfügbarkeit hängt vom schwankenden Wetter ab. Die Landfläche ist zu klein, um den Energiebedarf zu decken. Es werden Kraftwerke und eine sichere Versorgung mit den Energieträgern Kohle, Erdöl, Erdgas oder nuklearen Brennstoffen gebraucht. Die Braunkohleverstromung muss ausgebaut werden. Weiter müssen die Erdgas- und Erdöl-Lagerstätten im Schiefergestein genutzt werden. Nur so können eine Abhängigkeit von Energieimporten und die Erpressbarkeit deutlich verringert werden.

NAEB-Forderung an die Politik zur Energieversorgung

1. Fakepower stoppen (Solarstrom, Windstrom, Biogas), keine Börsenvermarktung, kein EEG
2. RU-Energieversorgung wieder herstellen, weiterhin Erdgas- statt Wasserstoffwirtschaft

3. Kohle-KW Stopp beenden und KW ausbauen, heimische Förderung (BK- und StK) forcieren/reaktivieren
4. CO2-Abgabe beenden, ETS/nEHS/KTF auflösen - Klima- und Transformationsfonds" (KTF)
5. GEG stoppen, statt Wärmepumpenpflicht 3. Wärmeschutzverordnung (1995, Kamin ~ Sicherheit)
6. E-Fuels stoppen, Elektromobilität nur für Nahverkehr propagieren

Begriffe: WSV- Wärmeschutz-Verordnung, KW ~ Kraftwerk, StK ~ Steinkohle, GEG ~ Gebäude Energiegesetz (mit Irrweg Dämmpflicht-Wärmepumpe), ETS Emission Trading System, nEHS nationales Emissionshandels-System

Zukünftig, wenn Existenz gesichert (derzeit kontraproduktiv wegen Verzettlungsgefahr):

- Kernkraftwerke
- Fracking + Horizontal-Drilling Technologie für heimisches Gas

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: 408_HiRes_PLR_Photos_money-finance-bills-500

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Hohe Stromkosten wegen unzureichender Infrastruktur? | Plusminus SWR

16. September 2023 | SWR-Marktcheck

Um die Stromnetze stabil zu halten, müssen immer wieder erneuerbare Energien abgeregelt werden. Wo bleiben intelligente Lösungen? Dieses Video ist eine Auskopplung aus der vom SWR verantworteten ARD-Plusminus-Sendung vom 13. September 2023. Die ganze Sendung gibt es in der ARD-Mediathek.

<https://www.youtube.com/watch?v=yGyhYk4cu-Q>

Energiekosten, Rohstoffe, Inflation: Stresstest für den Wirtschaftsstandort Deutschland | ZDFwiso

14. Dezember 2022 | ZDFheute Nachrichten

Krisen kosten Geld, viel Geld - 2022 ein Jahr, in dem sich das noch einmal deutlich bemerkbar macht. Die Angst vor einer ungewissen Zukunft vereint Unternehmen und Beschäftigte. Deutschland als einer der führenden Wirtschaftsmärkte in Europa ist bedroht - ein Stresstest für den Standort.

Die Bäckerei Traublinger, ein Familienbetrieb in der vierten Generation: Die steigenden Energiekosten, insbesondere nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs, machen dem Unternehmen schwer zu schaffen. "Wir haben einen Kosten-Tsunami", sagt Bäckermeister Heinrich Traublinger. Einige Filialen musste die Familie bereits schließen - auch, weil die Kosten nur zum Teil an den Kunden weitergegeben werden können. Der spürt auch ein paar Cent mehr für die Brötchen im Portemonnaie.

So wie den Traublengers geht es vielen mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Explodierende Energiepreise, hohe Rohstoffpreise und ein seit Jahren bestehender Fachkräftemangel: Krisensitzungen sind auch bei Weltmarktführern oftmals an der Tagesordnung. Sollten die Energiepreise so bleiben, rechnet der Bundesarbeitgeberverband Chemie damit, dass rund 20 Prozent der mittelständischen Unternehmen von der Pleite bedroht sind. Für Branchen wie die Metallerzeugung, die Glaskeramik und auch in der chemischen Industrie könnte es laut dem Sachverständigenrat der Bundesregierung schwierig werden. Die Industrie ächzt, und auch Mitarbeitende sorgen sich.

Die Inflation schießt in die Höhe, gleichzeitig sinkt der Reallohn. Das sorgt auch bei Verbraucherinnen und Verbrauchern für enorme Verunsicherung. Speziell für Haushalte, die keine Rücklagen bilden können, ist die Lage schwierig. Beim Einkaufen schränken sich viele bereits seit Monaten ein. Das spüren auch Einzelhändler, an denen sich das Schicksal des Standorts Deutschland mit entscheidet. Und auch Speditionen geraten unter den hohen Energiepreisen zunehmend unter Druck, dabei sind auch sie systemrelevant. Tragen Kunden die Preissteigerungen nicht mit, sind die Fahrzeuge nicht mehr wirtschaftlich einsetzbar. Dass die Speditionen am Markt bleiben, darauf sind Supermärkte im ganzen Land angewiesen. Denn wenn die LKW nicht fahren, bleiben auch die Regale leer.

Laut Experten muss Deutschland sich auf dauerhaft höhere Energiepreise einstellen - zumindest im Vergleich zur Zeit vor dem Russland-Ukraine-Krieg. Das hat auch Auswirkungen auf Urgesteine der deutschen Wirtschaft wie die Stahlindustrie. Hier stellt man sich vermehrt die Frage, ob es sich überhaupt noch lohnt, in den Standort Deutschland zu investieren, wenn Länder wie die USA nur ein Zehntel der hiesigen Energiekosten haben.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland befindet sich im Wandel. Mit den nötigen Anpassungen werden sich auch die Abhängigkeitsverhältnisse verändern.
https://www.youtube.com/watch?v=_Xx6Tx4Ssgl

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

